

SCHRIFTENREIHE
DER GESELLSCHAFT FÜR DEUTSCHLANDFORSCHUNG

BAND 26

Jahrbuch 1988

Europäische Integration und deutsche Frage

Herausgegeben von

Jens Hacker · Siegfried Mampel



Duncker & Humblot · Berlin

Europäische Integration und deutsche Frage

Jahrbuch 1988

**SCHRIFTENREIHE
DER GESELLSCHAFT FÜR DEUTSCHLANDFORSCHUNG
BAND 26**

Jahrbuch 1988

Europäische Integration und deutsche Frage

Herausgegeben von

Jens Hacker · Siegfried Mampel



Duncker & Humblot · Berlin

CIP-Titelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Europäische Integration und deutsche Frage / hrsg. von Jens Hacker; Siegfried Mampel. – Berlin: Duncker u. Humblot, 1989

(Schriftenreihe der Gesellschaft für Deutschlandforschung; Bd. 26: Jahrbuch; 1988)

ISBN 3-428-06684-7

NE: Hacker, Jens [Hrsg.]; Gesellschaft für Deutschlandforschung: Schriftenreihe der Gesellschaft für Deutschlandforschung / Jahrbuch

Alle Rechte vorbehalten

© 1989 Duncker & Humblot GmbH, Berlin 41

Satz: Volker Spiess, Berlin 30

Druck: W. Hildebrand, Berlin 65

Printed in Germany

ISSN 0935-5774

ISBN 3-428-06684-7

INHALT

Vorwort	7
Dorothee Wilms	
Deutsche Frage und europäische Integration	13
Ernst Nolte	
Europa und die deutsche Frage in historischer Perspektive	25
Wolfgang Wessels	
Die westeuropäische Integration und die Bundesrepublik Deutschland – Grundelemente einer konzeptionellen Weiterentwicklung	43
Dieter Mahncke	
Ein wiedervereinigtes Deutschland außerhalb der Militärallianzen in Europa?	53
Hans-Jörg Bücking	
Wiedervereinigung Deutschlands und die Einigung Europas – ein Wider- spruch?	65
Wilfried Fiedler	
Europäische Integration und deutschlandpolitische Optionen – eine Alternative?	115
Wolfgang Pfeiler	
Optionen sowjetischer Deutschlandpolitik	133
Wolfgang Seiffert	
Die Position und Funktion der DDR im Sowjetblock aus Moskauer Sicht	147
Dieter Schröder	
Berlin und die Ordnung Europas	159
Die Verfasser und die Herausgeber	177

VORWORT

Zu den Aufgaben der Gesellschaft für Deutschlandforschung gehört es, in gewissen Abständen auf wissenschaftlicher Grundlage ein Thema zu behandeln, das sich speziell mit der deutschen Frage beschäftigt. Nachdem die Jahrestagung 1986 dem Thema „Die deutsche Frage aus der heutigen Sicht des Auslandes“* gewidmet war, stand die zehnte wissenschaftliche Arbeitstagung 1988 in Kontinuität zur Tagung vor zwei Jahren: Europäische Integration und deutsche Frage.

Die Gesellschaft für Deutschlandforschung beging in Berlin ihr zehnjähriges Jubiläum mit zwiespältigen Gefühlen. Einerseits konnte sie mit 40 Tagungen und 22 Bänden ihrer Schriftenreihe sowie 458 Mitgliedern eine stolze Bilanz ziehen, die in Anbetracht der anfänglichen Schwierigkeiten und Skepsis, die auch wohlwollende Betrachter ihrer Gründung entgegenbrachten, nicht selbstverständlich war. Andererseits bedrückte und bedrückt es, daß eine Vereinigung wie die Gesellschaft für Deutschlandforschung überhaupt notwendig ist. Gründung und Existenz der Gesellschaft dokumentieren die Offenheit der deutschen Frage. So beging die Gesellschaft für Deutschlandforschung den Jahrestag zwar mit einer gewissen Genugtuung über das Erreichte, jedoch ohne großen Jubel.

Die Referate der zehnten Jahrestagung sind in diesem Band zusammengefaßt und werden damit allgemein zugänglich gemacht. Sie verdeutlichen die Aktualität des Themas „Europäische Integration und deutsche Frage“, da es ein ganzes Bündel historischer, politischer, rechtlicher und ökonomischer Probleme in sich birgt. In ihrem grundlegenden Vortrag weist Frau *Dorothee Wilms*, Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, darauf hin, daß auch vier Jahrzehnte nach der Teilung Deutschlands das Thema „Deutschland und Europa“ nach wie vor Gegenstand des intensiven Nachdenkens, der Diskussion und gelegentlich auch der lebhaften Kontroverse ist. Mit den Leitbegriffen „Wiedergewinnung der Selbstbestimmung aller Deutschen“ und „Europäische Einigung“ sind zwei wesentliche Staatsziele der Bundesrepublik Deutschland bezeichnet. Frau Wilms zeigt auf, daß Bundeskanzler Konrad Adenauer das Konzept der Integration der nationalen Wiedervereinigungspolitik in eine europäische Friedens- und Freiheitspolitik entwickelt hat. Die Wiedervereinigung Deutschlands sollte nicht im Gegensatz zu den Verbündeten, sondern im Zusammenwirken mit ihnen gewon-

* Vgl. Hannelore Horn/Siegfried Mampel (Hrsg.): Die deutsche Frage aus der heutigen Sicht des Auslandes. Schriftenreihe der Gesellschaft für Deutschlandforschung, Band 19, Berlin 1987.

nen werden. Aufgabe einer Politik im Interesse aller Deutschen müsse es sein, die Ziele der Europa-Politik und der Deutschland-Politik unter Berufung auf den gemeinsamen europäischen Grundwert der Freiheit zu verknüpfen: „Einheit und Freiheit gehören untrennbar zusammen.“

„Europa und die deutsche Frage in historischer Perspektive“ untersucht *Ernst Nolte*. In einem geschichtlich weit zurückgreifenden Referat geht er davon aus, daß der macht- oder staatspolitische Aspekt der deutschen Frage von fundamentaler, aber nicht von exklusiver Bedeutung sei. Jede Aussage darüber stehe bewußt oder unbewußt im Kontext einer ideologischen Konzeption, und auch die jeweilige Konstellation, in der von der „deutschen Frage“ gesprochen werde, sei vermutlich von Überlegungen oder Präferenzen ideologischer Natur mitbestimmt gewesen. Töricht sei es, in der Errichtung des Bismarck-Reiches den notwendigen Anfang alles Unheils und in dessen Stellung eine unerträgliche Bedrohung des Zusammenlebens der europäischen Nationen zu sehen. Nolte spannt den historischen Bogen bis in die Zeit nach 1945 und bezeichnet die Teilung Deutschlands nicht als Strafe, sondern als ein unbeabsichtigtes, wengleich naheliegendes Resultat eines durch grundlegende ideologische Differenzen verschärften Machtgegensatzes.

Wolfgang Wessels stellt in seinem Referat „Die westeuropäische Integration und die Bundesrepublik Deutschland – Grundelemente einer konzeptionellen Weiterentwicklung“ die Frage nach dem Wert und Nutzen europäischer Integration. Er leitet die Rolle der Bundesrepublik Deutschland in der Europäischen Gemeinschaft aus Grundtrends europäischer Staatsentwicklung ab. Dieser Ansatz geht nicht von einem deterministischen Verständnis der EG-Politik als abhängiger Variable wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Strukturveränderungen aus. Diese Sicht soll verhindern, Erfolg oder Scheitern der Integrationspolitik von nicht näher untersuchten Kategorien wie einem mysteriösen „politischen Willen“, der wie ein „deus-ex-machina“ erscheint, abhängig zu sehen. Wessels gelangt zu dem Ergebnis, daß Hoffnungen auf eine Weiterentwicklung zu einem europäischen Bundesstaat, der ein Aufgehen der klassischen Nationalstaaten in die Europäische Gemeinschaft bedeutet, zumindest verfrüht ist. Der Trend der Gemeinschaft weist auf ein System des kooperativen Föderalismus „moderner“ Wohlfahrts- und Dienstleistungsstaaten.

Zu den zentralen Zielen deutscher Außenpolitik gehört die politische und wirtschaftliche Integration Europas. Der fortschreitende Prozeß der Einigung Westeuropas wird ständig durch die in Politik und Wissenschaft geführte Diskussion begleitet, wie diese Politik mit dem Ziel der Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands vereinbar ist. Dabei geht es vornehmlich um die Auslegung der Präambel des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949, die nicht, wie in jüngster Zeit wiederum gelegentlich behauptet, eine mögliche Alternative zwischen „Europa“ und „Wiedervereini-

gung“ postuliert, sondern beides, wenn auch mit unterschiedlichem Stellenwert, vereinigt. Der Vorspruch zum Grundgesetz umschreibt beide Ziele im Zusammenhang:

„Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, seine nationale und staatliche Einheit zu wahren und als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen . . .“

Die Präambel des Grundgesetzes schließt mit den Sätzen: „Es hat auch für jene Deutschen gehandelt, denen mitzuwirken versagt war. Das gesamte Deutsche Volk wird aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.“ Da die Väter des Grundgesetzes noch nicht die heutige westeuropäische Integration vorhersehen konnten, vielmehr die Einheit Europas in einer umfassenderen Weise im Sinne hatten, stellt sich die Frage, wie sich die westeuropäische Integration zum Streben verhält, die Teilung Deutschlands zu überwinden. Oder schärfer formuliert: In welchem Zeitpunkt erlaubt die Dichte der europäischen „Integration“ nur noch eine Lösung der deutschen Frage im Sinne einer endgültigen Teilung des Landes? Welche Rolle spielt in diesem Zusammenhang das Selbstbestimmungsrecht, das aus einem bloßen Programmsatz zu einem Rechtssatz des Völkerrechts geworden ist?

Mit dieser komplizierten politischen und rechtlichen Problematik befassen sich die Vorträge von *Hans-Jörg Bücking* und *Wilfried Fiedler*. Bücking verdeutlicht, daß trotz der reichhaltigen Literatur zu dem Thema des Verhältnisses von europäischer Einigung zur deutschen Wiedervereinigung Überlegungen eher spärlich sind, die sich mit der Frage einer Wiedervereinigung im Sinne einer Vereinigung der beiden Staaten in Deutschland im Rahmen der bestehenden westeuropäischen Integration beschäftigen. Das gilt sowohl für die politische Einschätzung als auch die rechtlichen Gegebenheiten – „vielleicht deshalb, weil man sie als wenig realistisch einschätzt“. Nach seiner ausführlichen Analyse möglicher politischer Konstellationen konstatiert Bücking, es sei nicht einzusehen, weshalb die Bundesrepublik bzw. ein Gesamtdeutschland darauf verzichten sollte, seine Stellung in einem integrierten Westeuropa aufzugeben. Andererseits heißt das natürlich nicht, daß sich westeuropäische Integration und Wiedervereinigung Deutschlands notwendig bedingen. Für Bücking ist die westeuropäische Integration bis zur Wiedervereinigung die einzig akzeptable Lebensform für die Bundesrepublik Deutschland, und sie muß nach der Wiedervereinigung politisch kein Hindernis darstellen, sondern eher als eine günstige Option angesehen werden.

Fiedler betont in seinem Referat „Europäische Integration und deutschlandpolitische Optionen – eine Alternative?“ zunächst die Vieldeutigkeit des Europa-Begriffes und sein unklares Verhältnis zum Grundgesetz. Aus der Präambel ergibt sich keine Beschränkung auf Westeuropa im heutigen Sinne. Darin ist vielmehr von einem „vereinten Europa“ die Rede, dem ein geeintes Deutsch-